

LITERATURBERICHTE

Vom „demokratischen Frieden“ zur demokratiezentrierten Friedens- und Gewaltforschung

Anna Geis, Wolfgang Wagner

1. Einleitung: Erfolgsgeschichte und Weiterentwicklung des „demokratischen Friedens“

Das von Immanuel Kant inspirierte Forschungsprogramm zum „demokratischen Frieden“ (DF) hat sich im Laufe der letzten zwanzig Jahre zu einem *mainstream* in der Erforschung von Krieg und Frieden entwickelt. Wer sich in Studium, Lehre oder Forschung mit internationalen Beziehungen beschäftigt, kommt um eine Auseinandersetzung mit dem Befund, dass Demokratien gegeneinander (fast) keine Kriege führen, aber mit anderen Staaten häufig in militärische Auseinandersetzungen verwickelt sind, nicht herum (Owen 2004: 605). Die bemerkenswerte Erfolgsgeschichte des Forschungsprogramms beruht auf der Verteidigung des demokratischen Friedens gegenüber einer Vielzahl von Einwänden aus dem gesamten Spektrum theoretischer Perspektiven in den Internationalen Beziehungen. Kaum ein Befund ist einem vergleichbar anspruchsvollen Programm methodischer, theoretischer und empirischer Kritik unterzogen worden wie der, dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führen.

Angesichts dieser Erfolgsgeschichte verwundert es nicht, dass Kants 1795 erschienene Schrift „Zum ewigen Frieden“ auch bei der Fortentwicklung des Forschungsprogramms als Quelle der Inspiration und Autorität in Anspruch genommen wird. So beziehen sich die jüngeren Forschungen zu „ökonomischer Interdependenz“ und „internationalen Organisationen“ regelmäßig auf Kants Friedensschrift, wobei Kants „Weltbürgerrecht“ jedoch auf ein grenzüberschreitendes Marktbürgerrecht verkürzt wird. Die starke Ausdifferenzierung des

Forschungsprogramms erschwert allerdings die Diskussion übergreifender Zusammenhänge. Eines der wenigen Orientierungsangebote für den gesamten Forschungsbereich haben Bruce Russett und John Oneal (2001) mit dem Modell des „Engelskreises“ vorgelegt, in dem Demokratie, Interdependenz und internationale Organisationen nicht nur jeweils für sich genommen zum Frieden beitragen, sondern sich darüber hinaus auch wechselseitig verstärken. Die neueren, disparat bleibenden Ergebnisse in den Bereichen „Handelsfrieden“ und „Institutionenfrieden“ werden in den ersten Abschnitten des Literaturberichts erörtert.

Neben der optimistischen Sichtweise hat sich jedoch auch eine skeptischere Perspektive etablieren können, die auf die gewaltsame Seite von Demokratien fokussiert ist. Aus dieser Perspektive erscheint das Zusammenspiel von Demokratie, Interdependenz und internationalen Organisationen keineswegs harmonisch, sondern von zahlreichen Spannungen und Widersprüchen geprägt (u. a. Barkawi/Laffey 2001). Dem Bild eines „Engelskreises“ werden „Antinomien des demokratischen Friedens“ (Müller 2004) entgegengehalten. Die Popularisierung des demokratischen Friedens in den außenpolitischen Strategien westlicher Staaten hat den warnenden Stimmen vor einer naiven Überschätzung der Friedensleistung von Demokratie zusätzlichen Auftrieb gegeben. Der jüngste Irak-Krieg, der u. a. mit dem Zweck des Regimewandels begründet wurde, hat die Idee vom demokratischen Frieden möglicherweise sogar nachhaltig beschädigt (vgl. Danchev/MacMillan 2005). Da Demokratien offenbar nicht nur friedliche Neigungen und Leistungen aufweisen, sondern gleichzeitig erhebliche Gewaltneigungen zeigen, behandelt der dritte Abschnitt dieses Literaturberichts Studien, die sich mit dieser Schattenseite von Demokratie befassen. Hier wird auch Literatur berücksich-

tigt, die nicht im engeren Kreis der DF-Forschung entstanden ist, jedoch deren einschlägige Thesen berührt, wie etwa die jüngsten Arbeiten der Soziologen Michael Mann und Martin Shaw.

2. *Interdependenz und Friede*

Der Zusammenhang zwischen ökonomischer Interdependenz und Friede steht im Zentrum zweier Sammelbände, die Beiträge der wichtigsten Vertreter und Kritiker der These vom „Handelsfrieden“ enthalten (Mansfield/Pollins 2003a; Schneider u. a. 2003). Mit der Ausnahme Katherine Barbieris sehen die Herausgeber Kants Vermutung, dass „der Handelsgeist [...] mit dem Kriege nicht zusammen bestehen kann“ im Großen und Ganzen bestätigt. Vergleicht man die Debatte zum Handelsfrieden mit der zum demokratischen Frieden fällt zweierlei ins Auge: Erstens steht weniger die Aufwertung dieses Zusammenhangs zu einem allgemeinen „Gesetz der internationalen Beziehungen“ als vielmehr die Erforschung von Kontextbedingungen für die Gültigkeit des Handelsfriedens im Mittelpunkt der Bemühungen. Zweitens konkurrieren nicht Anhänger rationalistischer und konstruktivistischer Ansätze, sondern Vertreter unterschiedlicher Varianten rationalistischer Theoriebildung um die beste Erklärung des Handelsfriedens.

Als Kontextbedingungen werden unter anderem der ökonomische Entwicklungsstand und der Regimtyp der Handel treibenden Staaten sowie die Institutionalisierung der Handelsbeziehungen diskutiert: Håvard Hegre (2003) zeigt, dass der pazifizierende Einfluss von Handelsströmen vom ökonomischen Entwicklungsstand der beteiligten Staaten abhängt, denn mit wachsendem Entwicklungsniveau steigen die Kosten sowohl der Kriegsführung als auch der Besetzung erobeter Gebiete, während Handelsgewinne attraktiver erscheinen. Gelpi/Grieco (2003) und Mansfield/Pevehouse (2003) verweisen darüber hinaus auf Herrschaftssysteme bzw. internationale Handelsabkommen als weitere Kontextbedingungen und folgen damit der Vorstellung Russetts und Oneals von einem Engelskreis aus Demokratie, Interdependenz, internationalen Institutionen und Frieden. Gelpi/Grieco beziehen sich auf das so genannte Selektoratsmodell von

Bueno de Mesquita u. a. (2003), demzufolge Regierungen in Demokratien ihren Machterhalt durch die Bereitstellung öffentlicher Güter zu sichern suchen, während Regierungen in Autokratien oft nur den klientelistischen Erwartungen kleiner Gruppen genügen müssen. Geht man darüber hinaus von der wachstums- und wohlförderlichen Wirkung freien Handels aus, werden demokratische Regierungen weitaus größeres Gewicht auf die Aufrechterhaltung liberaler Handelsbeziehungen legen und daher von ihrer Gefährdung durch eine Militarisierung von Konflikten absehen. Dass sich die friedensfördernden Effekte des Freihandels vor allem zwischen Demokratien einstellen, ergänzt sich gut mit der Argumentation bei Bliss/Russett (1998), dass Demokratien untereinander überproportional viel Handel treiben, weil Firmen den Handel mit Partnern aus Staaten bevorzugen, in denen Rechtssicherheit herrscht und mit denen auf Grund des demokratischen Friedens kriegerische Auseinandersetzungen nicht zu erwarten sind. Für die Staatsführungen bedeutet dies andererseits, dass selbst eine unvorteilhafte Aufteilung der durch Handel erzielten Wohlstandsgewinne kein Anlass zur Besorgnis über negative Sicherheitsexternalitäten ist. Mansfield/Pevehouse (2003) wiederum können zeigen, dass Handelsbeziehungen dann einen deutlichen pazifizierenden Einfluss haben, wenn sie in internationalen Handelsabkommen („Preferential Trade Agreements“) institutionalisiert sind, während dieser Effekt zwischen Nichtmitgliedern nur schwach ist. Denn zum einen erzeugen Handelsabkommen Erwartungen über zukünftige wirtschaftliche Gewinne; zum anderen besitzen Freihandelszonen, Gemeinsame Märkte etc. häufig Mechanismen der Streitschlichtung, die eine gewaltsame Eskalation von Konflikten verhindern helfen. Mansfield/Pollins (2003b: 8) weisen darauf hin, dass der Handelsfriede zwar für das 19. und 20. Jahrhundert wiederholt belegt werden konnte, Studien über den Zusammenhang zwischen ökonomischer Interdependenz und Konflikt für das 17. und 18. Jahrhundert aber zum gegenteiligen Befund gekommen sind. Diese Abhängigkeit vom historischen Kontext deutet auf eine weitere bedeutsame Kontextbedingung hin, dass nämlich die pazifizierende Wirkung von Handel von dessen Einbettung in ein liberales Handelsregime abhängt, während sie unter den Be-

dingungen des Merkantilismus nicht zum Tragen kommen kann.

Der Vergleich der Debatte zum Handelsfrieden mit der zum demokratischen Frieden lässt neben dem anderen Stellenwert von Kontextbedingungen die unterschiedliche Strukturierung der Theoriediskussion hervortreten. Während die Gegenüberstellung von Kultur und Normen friedlicher Streitbeilegung einerseits und durch demokratische Institutionen veränderte Entscheidungskalküle andererseits die Debatte über den demokratischen Frieden geprägt hat, bilden die Grundannahmen rationalistischer Theoriebildung in der Diskussion über die Kausalmechanismen des Handelsfriedens einen unumstrittenen Ausgangspunkt. Das konstruktivistisch inspirierte Argument, mit dem Austausch von Waren und Dienstleistungen wachse auch das wechselseitige Verständnis, wird allenfalls erwähnt, ohne jedoch für die Theorieentwicklung eine Rolle zu spielen. Zur Debatte stehen stattdessen Varianten rationalistischer Argumentation, die entweder mit den Opportunitätskosten militärischer Konflikte oder spieltheoretisch mit der Überwindung von Unsicherheit durch glaubwürdige Signale argumentieren. Das Opportunitätskosten-Argument, wonach die Antizipation ökonomischer Einbußen (rationale) Regierungen vom Einsatz militärischer Gewalt abhält, kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Aus spieltheoretischer Perspektive lautet der Gegenstand jedoch, dass für strategisch handelnde Egoisten gerade die Annahme einer kompromissbereiten Haltung Anreize schafft, diese durch eine konfrontative Politik auszunutzen. Insofern kann ein hohes Maß an Interdependenz auch zum Versuch verleiten, die eigenen Interessen mit besonderem Nachdruck zu verfolgen. Aus dieser Perspektive ergibt sich die friedensfördernde Wirkung ökonomischer Interdependenz daraus, dass sie den Beteiligten die Möglichkeit kostspieliger (und somit glaubhafter) Signale eröffnet. Die Beteiligten können dadurch besser zwischen tatsächlicher Konfrontationsbereitschaft und bloßen *bluffs* unterscheiden (Morrow 1999).

In einer Weiterentwicklung dieser spieltheoretischen Denktradition argumentieren Erik Gartzke und seine Kollegen, dass integrierte Kapitalmärkte noch bessere Voraussetzungen für den Austausch glaubwürdiger Signale schaffen als enge Handelsbeziehungen (Gartzke u. a.

2001). Dieser „kapitalistische Friede“ stellt Gartzke zufolge nicht nur den Handelsfrieden, sondern sogar den demokratischen Frieden in den Schatten, weil ein unabhängiger pazifizierender Effekt von Demokratie kaum noch nachweisbar ist, wenn ökonomische Interdependenz durch das Ausmaß an Kapitalmarktintegration gemessen wird (vgl. Gartzke 2003; Gartzke/Hewitt 2005). Vertreter des demokratischen Friedens sehen sich angesichts dieser Arbeiten ein weiteres Mal vor die Aufgabe gestellt, ihre These zu verteidigen. Dass die Herausforderer mittlerweile ebenfalls aus dem von Kant inspirierten Forschungsprogramm stammen, gehört zu den bedeutendsten Entwicklungen der Friedensforschung.

Zwar ist das Fehlen einer „Normen oder Institutionen“-Debatte in der Forschung zum Handelsfrieden sicherlich kein Nachteil, weil beide ohnehin sehr eng miteinander verwoben sind. Aber die Dominanz rationalistischer Ansätze hat zu einer starken Verkürzung des Interdependenz-Begriffs (von Kants Konzept des Weltbürgerrechts ganz zu schweigen) auf den Austausch von Gütern und Kapitalbewegungen geführt. Schließlich entstehen Empathie und der von Karl Deutsch betonte Gemeinschaftssinn nicht nur durch ökonomische Transaktionen, sondern auch durch Reisen, Städtepartnerschaften, Schüleraustausche etc. Eine Untersuchung dieser Zusammenhänge wäre eine wichtige Ergänzung der bisherigen Forschung.

3. Internationale Institutionen und Friede

Verglichen mit dem „demokratischen Frieden“ und dem „Handelsfrieden“ steckt die Debatte um den „Institutionenfrieden“ insofern noch in den Anfängen, als sich erst wenige Beiträge mit der Frage beschäftigt haben, ob es einen statistisch signifikanten, substanziellen Einfluss internationaler Institutionen auf die Wahrscheinlichkeit gewaltsamer Konflikte zwischen Staaten gibt. Zwar hat es immer umfangreiche Forschung gegeben, die sich mit den Leistungen von Sicherheitsregimen und den Erfolgen einzelner internationaler Institutionen wie Vereinte Nationen, Europarat, KSZE/OSZE, Europäische Union bei der Verhütung oder Eindämmung gewaltsamer Konflikte beschäftigt. Aber es galt nach ersten ernüchternden Studien in der quantitativen Kriegsursachenforschung

als Konsens, dass pazifizierende Effekte *statistisch* nicht nachzuweisen sind. Dies korrespondierte mit einer Lesart Kants, wonach die Bedeutung der dritten Friedensursache „Institutionen“ weit hinter der demokratischen Verfassung zurückbleibt und der „Friedensbund“ eher ein Ergebnis als eine Ursache des ewigen Friedens sei (vgl. Moravcsik 1996).

Das Verdienst, die Debatte um die Friedenswirkungen internationaler Institutionen wieder eröffnet zu haben, gebührt Bruce Russett und John Oneal (vgl. Russett 1998; Russett/Oneal 1999; 2001; Russett u. a. 2003). In einer Reihe von Publikationen haben sie die These vom „Institutionenfrieden“ mit statistischen Analysen untermauert. Allerdings erwies sich der statistische Befund für einen allgemeinen Zusammenhang zwischen der gemeinsamen Mitgliedschaft in einer internationalen Organisation und der Friedlichkeit eines Staatenpaares nicht als robust. Infolgedessen konzentriert sich auch die Forschung zum Institutionenfrieden mittlerweile auf die Identifikation von Kontextbedingungen. Besonders viel versprechend ist dabei die Differenzierung von internationalen Organisationen nach verschiedenen Kategorien. Nicht zuletzt in Ermangelung besserer Daten hatten Russett/Oneal die gemeinsame Mitgliedschaft im Weltpostverband genauso gewichtet wie die gemeinsame Zugehörigkeit zu EU oder NATO. Dagegen haben Charles Boehmer, Erik Gartzke und Timothy Nordstrom internationale Organisationen nach ihrem Mandat (Sicherheit/Wohlfahrt/Sonstige) und ihrem Institutionalisierungsgrad (minimal/strukturiert/interventionistisch) differenziert. Ihr Ergebnis, dass der friedensfördernde Einfluss bei interventionistischen Sicherheitsinstitutionen am größten ist, kommt unserem Alltagswissen schon deutlich näher (Bohmer u. a. 2004).

Die Verfeinerungen der Methodik fanden auch in der Theoretisierung des Institutionenfriedens ihren Niederschlag. Passend zur Operationalisierung ihrer unabhängigen Variablen hatten Russett/Oneal die Gewaltanfälligkeit eines Staatenpaares auf die Dichte des Netzwerkes zurückgeführt, das zwei Staaten durch gemeinsame Mitgliedschaften in internationalen Organisationen geknüpft haben. Die Friedenswirkung eines dichten Netzwerkes internationaler Organisationen beruht ihnen zufolge auf einer Reihe von Kausalmechanismen, die Anlei-

hen bei verschiedenen Theorietraditionen macht: In funktionalistischer Tradition helfen Institutionen, Transaktionskosten zu reduzieren und Interdependenzprobleme zu lösen; aus der Theorie kollektiver Sicherheit entstammt die Aufgabe, für die Sanktionierung von Normenverstößen Sorge zu tragen. Hinzu treten die konstruktivistischen Argumente, dass internationale Institutionen über Normen auf die Interessendefinition von Staaten wirken und gemeinsame Identitäten fördern. Die Friedenswirkung internationaler Organisationen beruht damit letztlich auf einem sehr generellen Beitrag zur Verbesserung der Gesamtbeziehungen zwischen Staaten.

Demgegenüber haben Boehmer u. a. (2004) die Wirkungsweise internationaler Organisationen sehr viel enger auf die Überwindung spezieller Kriegsursachen bezogen. Dabei folgen sie streng der rationalistischen Theorie Fearons (1994; 1995), wonach sich Kriege vor allem aus einem Mangel an Informationen über die Fähigkeiten und die Entschlossenheit von Konfliktgegnern erklären. Internationalen Organisationen wird daher lediglich die Funktion zugeschrieben, entsprechende Informationsdefizite zu beheben. Wie beim demokratischen Frieden und beim Handelsfrieden scheint es weder notwendig noch sinnvoll, solche Theoriekonkurrenz zu Gunsten eines Ansatzes zu entscheiden. Allerdings sprechen die empirischen Ergebnisse von Boehmer u. a. dafür, dass der Institutionenfriede mehr auf die spezifischen Leistungen von Sicherheitsinstitutionen als auf eine allgemeine Klimaverbesserung zwischen Staaten zurückgeht, die durch eine Vielfalt internationaler Organisationen miteinander kooperieren.

Die Verankerung des Institutionenfriedens in dem von Kant inspirierten Forschungsprogramm zeigt sich vor allem dort, wo nach den Wechselwirkungen zwischen internationalen Organisationen, Demokratie und Frieden gefragt wird. Dabei bestätigt ein großer Teil der Arbeiten die optimistische Auffassung, wonach Demokratie, internationale Organisationen und Friede harmonisch zusammenwirken. In einer quantitativen Studie für den Zeitraum 1885-2000 können Jon Pevehouse und Bruce Russett (2005) zeigen, dass die pazifizierende Wirkung internationaler Organisationen zunimmt, je demokratischer ihre Mitgliedstaaten sind. Zur Erklärung wird wiederum eine breite

Palette an Kausalmechanismen herangezogen, die sich aus unterschiedlichen Denktraditionen speist: In der Tradition der rationalistischen Institutionentheorie wird die Überwindung von Unsicherheit als zentrale Funktion internationaler Institutionen begriffen, die durch die besondere Transparenz demokratischer Entscheidungsprozesse noch gesteigert werden kann. Verwendet wird aber auch das konstruktivistische Argument, wonach internationale Organisationen Sozialisationsleistungen vollbringen, die – besonders im Falle interdemokratischer Institutionen – Normen der friedlichen Streitbeilegung umfassen.

Einen Schritt weiter geht Andreas Hasenclever mit der These, dass „der demokratische Friede maßgeblich ein Werk interdemokratischer Institutionen ist“ (2002: 88). Weil Parlamente, organisierte Interessen und Nichtregierungsorganisationen in die Arbeit interdemokratischer Organisationen eingebunden sind, erweisen sich Institutionen zwischen Demokratien als besonders robust. Beispielsweise führen die Demokratien eigenen Organisations- und Protestfreiheiten dazu, dass sich organisierte Interessen erfolgreich gegen die Vereinnahmung einer institutionalisierten Kooperation für politikfeldfremde Zwecke sperren können. Auf diese Weise wird die Autonomie einzelner Politikfelder erhöht, und eine Polarisierung der Gesamtbeziehungen, wie sie bei Eskalationsprozessen in der Regel zu beobachten ist, wird unwahrscheinlicher.

Für eine besondere Kooperationsneigung und -fähigkeit demokratischer Staaten lassen sich eine Reihe von Belegen anführen: Beispielsweise sind Demokratien besonders häufig Mitglieder internationaler Organisationen (Shanks u. a. 1996) und schließen besonders zahlreiche Freihandelsabkommen (Mansfield u. a. 2002). Charles Lipson (2003) führt den Frieden zwischen Demokratien auf ihre besondere Verlässlichkeit als Kooperationspartner zurück. Demokratien lernen demnach im Laufe ihrer Interaktionen, einander zu vertrauen und Vertragsverhältnisse miteinander einzugehen, weil ihre Versprechen in der Regel glaubwürdig sind und sie diese Versprechen auch halten. Diese Vertrauenswürdigkeit beruht Lipson zufolge auf besonderen inneren Merkmalen des Regimetyps, wie etwa der Transparenz seiner politischen Entscheidungsprozesse, den institutionell abgesicherten Anreizen für politische

Führer, ihre Versprechen zu halten, sowie der Kontinuität demokratischer Institutionen, die glaubwürdige Selbstbindungen ermöglicht. Im Bereich der Sicherheitspolitik sind außerdem Allianzen zwischen Demokratien außergewöhnlich langlebig und stabil (Gaubatz 1996). Allerdings argumentieren Gartzke und Gleditsch (2004), dass Demokratien im Bündnisfall eher unzuverlässig sind, denn besonders betroffene Interessengruppen können zwar die demokratischen Entscheidungsprozesse zur Zeit der Aushandlung einer Beistandsverpflichtung dominieren, zum Zeitpunkt des Bündnisfalles aber gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit an Bedeutung verlieren.

Mit ihrer Kritik an der Verlässlichkeit von Demokratien berühren Gartzke und Gleditsch einen der kritischsten Punkte im scheinbar harmonischen Zusammenspiel zwischen Demokratie, internationalen Organisationen und Frieden, denn die zuverlässige Erfüllung internationaler Beistandsverpflichtungen verträgt sich schlecht mit dem zentralen Kausalmechanismus des demokratischen Friedens, wonach demokratische Regierungen aufgrund institutionalisierter Rechenschaftspflichten gegenüber einer risiko-aversen (Wahl-)Bevölkerung vor Waffengängen eher zurückschrecken. Wie die „Koalitionskriege“ seit dem Ende des Ost-West-Konflikts zeigen, ist das Spannungsverhältnis zwischen demokratischer Willensbildung und außenpolitischen Verpflichtungen in vielen westlichen Demokratien ein zentrales politisches Problem geworden (Dembinski u. a. 2004). Gerade aufgrund ihrer praktisch-politischen Bedeutung sollte diese Problematik daher mehr Aufmerksamkeit erfahren.

4. *Demokratiespezifische Gewaltforschung*

4.1 Demokratischer Krieg als Schattenseite des demokratischen Friedens

Die in jüngster Zeit wieder vermehrt aufgenommene Forschung zur gewaltsamen Seite von Demokratien stellt nicht einfach eine Fortführung der älteren DF-Forschung zu einem „Doppelbefund“ dar (vgl. Risse-Kappen 1994), sondern fokussiert nunmehr stärker auf *demokratiespezifische* Motive und Anreize bzw. Kontextbedingungen dieser Gewalt. Hintergrund dieser Aufmerksamkeitsverschiebung sind ver-

schiedene empirische Trends, die sich, ermöglicht durch das Ende der Blockkonfrontation und der Wiederbelebung des VN-Sicherheitsrates, seit 1990 ungezügelter entfaltet haben: Die Gewaltneigung von Demokratien hat sich seit Ende des Kalten Krieges erhöht (Chojnacki 2004). Demokratien nutzen Militärgewalt inzwischen als enttabuisiertes Mittel von „Global Governance“ (vgl. Duffield 2001) und wirken teils auch in diesem Sinne auf das normative Profil des Völkerrechts ein (vgl. Fox/Roth 2000). Demokratien weisen eine eigentümliche, kosten- und opfersensible Rüstungspolitik und Kriegführung auf (u. a. O’Hanlon 2000; Shaw 2005) und neigen zu spezifischen Rechtfertigungsmustern ihrer Gewalt (Brock u. a. 2006). Das Ende der Blockkonfrontation setzte eine globale Gestaltungsenergie von Demokratien frei, deren gewaltsame Seite sich im Führen von „humanitären Interventionen“ und Weltordnungskriegen zum Ausdruck bringt. Dieser neuere Typ von Gewaltforschung kann durchaus als ein weiterer Baustein eines in Demokratietheorie wie -praxis geführten „Ernüchterungsdiskurses“ über Demokratie gedeutet werden (vgl. Offe 1996: 142): Das „Triumph“-Gefühl und der Friedensoptimismus nach dem Ende des Kalten Krieges angesichts der weiteren Verbreitung der Demokratie wurde zunehmend von Krisendiagnosen aus den konsolidierten Demokratien wie neuen Bedrohungswahrnehmungen verdrängt.

Dass Demokratien jenseits von offenkundigen Selbstverteidigungsfällen militärisch recht aktiv waren und sind, um ihre Machtinteressen zu verfolgen (u. a. Reiter/Stam 2002: 144-163; Rosato 2003: 588-596), spiegelt eine traditionelle Auffassung über die Außenpolitik einflussreicher Mächte wider – wenn Rechtfertigung und Kontextbedingungen dieser Gewalt jedoch zum Teil spezifisch liberal-demokratischen Ursprungs sein sollten, wäre dies ein mehr als beunruhigender Befund, der eine Reihe praxeologischer wie moralischer Paradoxien implizierte (Nielebock 2004: 184). Arbeiten, die den demokratischen bzw. liberalen Krieg und Frieden gleichsam als Kehrseiten einer Medaille untersuchen, können an frühere – nunmehr „wiederentdeckte“ – Überlegungen von Michael Doyle anknüpfen (Doyle 1983a: 230, 1983b: 324-325). Im Folgenden soll knapp dargestellt werden, in welche Richtung diese Analysen weisen, um den gewaltfördernden

Mechanismen innerhalb liberal-demokratischer Staaten auf die Spur zu kommen (vgl. Müller 2004).

Bereits seit langem wird diskutiert, dass demokratische Institutionen nicht nur kriegshemmend wirken können (u. a. Elman 2000), sondern auch spezifische Anreize zur Kriegführung erzeugen, wie sich zum Beispiel in der Debatte um „Ablenkungskriege“ zeigt (Levy 1989; Gaubatz 1991; Daase 2004: 55-61). Jedoch können Eliten zur Verbesserung ihrer Wahlchancen nicht nur manipulativ Einfluss auf die Einstellungen der Bürger nehmen, sondern die Rückbindung an den Bürgerwillen veranlasst Regierungen umgekehrt auch dazu, vorhandene mehrheitliche Präferenzen ihrer Wählerschaft zugunsten eines Militäreinsatzes umzusetzen (Reiter/Stam 2002: 144-163; Rosato 2003: 594-595). Entscheidendes hängt also davon ab, ob sich im Vorfeld eines erwogenen Militäreinsatzes – aus welchem Grund auch immer – mehrheitliche Präferenzen der Wählerschaft zugunsten der Gewaltanwendung herausbilden (vgl. Müller 2004: 501-503).

Diese zentral wichtigen normativen und rationalen Einstellungen der Bürger gegenüber Gewalt können durch zwei Faktoren erheblich beeinflusst werden: durch Bereithaltung bestimmter Mittel der Kriegführung sowie durch „überzeugende“ öffentliche Rechtfertigungen für die Gewaltanwendung. Die Gewalt muss sparsam und opferschonend eingesetzt werden und gleichzeitig gerechten Zwecken dienen. Die Kosten- und Opfersensibilität aufgeklärter demokratischer Bürgerschaften erzeugt so spezifische Anreize für den Aufbau eines hochtechnologisierten Militärarsenals, welches prinzipiell das Führen kurzer, relativ opferarmer Kriege erlaubt. Wie erst in jüngerer Zeit stärker diskutiert wird, werden die Risiken des demokratischen Krieges auf andere abgewälzt (ausführlich siehe unten, 3.2.).

Zugleich ist die Bedeutung öffentlicher Begründungen demokratischer Eliten für erwogene Militäreinsätze in den Blick zu nehmen. Liberal-demokratische Bürgerschaften sind besonders empfänglich für Kriegslegitimationen, die gerechte, „gute“ Gründe anführen wie z. B. Menschenleben zu retten oder Völkerrecht durchzusetzen. Insbesondere seit dem Ende des Kalten Krieges spielen moralische Begründungen bei der Rechtfertigung von Militärgewalt durch Demokratien eine große Rolle (vgl. Ha-

senlever 2001; Brock 2006: 221-222). Solche Begründungen sind allerdings nicht gleichzusetzen mit den Motiven der kriegführenden Regierungen, die auch weniger hehren Zwecken entspringen können, etwa der Sicherung geopolitischer Interessen. Auffällig ist, dass auch bei den jüngeren demokratischen Kriegen auf die Konstruktion von Bedrohungspersionen und Feindbildern – eine klassische Komponente vieler Kriegsvorbereitungen – zur Mobilisierung von Konsens nicht verzichtet wird (Wette 2004; Williams 2003).

Vor dem Hintergrund solcher spezifisch liberal-demokratischen Kriegslegitimationen lebte in jüngster Zeit eine nunmehr verstärkte Diskussion über die Ambivalenz des Liberalismus wieder auf.¹ Diese Debatte thematisiert weniger die zivilisierende Wirkung liberaler Normen und Werte als vielmehr die Widersprüche und Spannungen zwischen ihnen, die sich mitunter gewaltsam entladen. In der internationalen Politik können solche Spannungen etwa durch das Auseinandertreten von prozeduralen und substanziellen Normen zu fragwürdigen Politiken von Demokratien führen: So können Demokratien zur Bewahrung ihrer internen Volkssouveränität enge Bindungen an das Völkerrecht scheuen, gleichzeitig aber die weltweite Förderung von liberalen Normen, den Schutz von Leben, Menschenrechten und die Verbreitung der Demokratie vorantreiben, in einigen Fällen gewaltsam (Brock 2006). Die Ambivalenz von liberal-demokratischen Normen nötigt zu Güterabwägungen, die teilweise Optionen für internationale Gewaltanwendung unterstützen. Häufig wird hier das Beispiel der „humanitären Interventionen“ (Holzgreve/Keohane 2003) ohne UN-Mandat angeführt: Darf man Menschenleben aufs Spiel setzen und internationales Recht brechen, um andere Menschenleben zu retten?

Weitergehende Kritik wirft dem westlichen Liberalismus einen ihm eingeschriebenen Imperialismus vor (dazu u. a. Barkawi/Laffey 2001; Jahn 2005), der sich nicht nur in einem Überlegenheitsbewusstsein gegenüber anderen Kulturen und Regimen manifestiere, sondern auch in gewaltsamer „Zivilisierung“ anderer im Namen der Demokratie und der Freiheit. Unter dem Deckmantel des Universalismus seien westliche Staaten bestrebt, den in ihren Augen illiberalen „Anderen“ ihre Vorstellungen von politischer, ökonomischer und kultureller Or-

ganisation des Lebens aufzuzwingen. In der liberalen Ideologie seien demnach die Keime der Gewaltsamkeit bereits angelegt (Owen 1997: 37-41, 234-235; Müller 2006). Wie Doyle einst herausgestrichen hatte, führen liberal-demokratische Staaten nach ihrem Selbstverständnis Kriege für liberale Zwecke (1983a: 230) – die Rechtfertigung der USA und Großbritanniens, den jüngsten Irak-Krieg auch mit dem Ziel des Regimewechsels geführt zu haben, unterstreicht die aktuelle Bedeutung dieser Thesen von einem liberal-demokratischen Interventionismus (vgl. Byers/Chesterman 2000).

4.2 Militärische Effektivität und Kriegführung von Demokratien

Wollen impliziert Können: Demokratien sind also durchaus kriegsbereit – sind sie aber auch kriegsführungsfähig? Die in der DF-Forschung untersuchte besondere Friedensfähigkeit von Demokratien steht in merkwürdigem Kontrast zu der Behauptung einer angeblich *hohen* Kriegsführungsfähigkeit demokratischer Staaten. Die Leistungen von Demokratien hinsichtlich der Bereitstellung kollektiver Güter werden in der vergleichenden Demokratieforschung intensiv erforscht (u. a. Schmidt 2003), deren Leistungsfähigkeit im militärischen Bereich wird jedoch häufig vernachlässigt. In einer jüngeren Debatte über die besondere militärische Effektivität von Demokratien (u. a. Reiter/Stam 2002; Desch 2002; Brooks 2003; Biddle/Long 2004)² wurden insbesondere die Ergebnisse und Thesen von Dan Reiter und Allan C. Stam in „Democracies at War“ (2002) kritisch erörtert, ihre Methodik wie Kausalmechanismen in Frage gestellt. Reiter/Stam behaupten, dass für den Zeitraum ab 1815 Demokratien mehr als Dreiviertel ihrer Kriege gewonnen hätten. Dies erkläre sich zum einen durch den „Selektionseffekt“: Demokratische Führer optierten für einen Krieg nur dann, wenn sie zuversichtlich sind, ihn auch gewinnen zu können. Zum anderen besäßen Demokratien schließlich auch eine überlegene Kampffähigkeit, sie stellten die besseren Soldaten. Reiter/Stam führen diese Effektivität, entgegen im Realismus verbreiteter Annahmen, nicht auf die üblichen „harten“ Faktoren wie hohe Wirtschaftskraft und Truppenstärke zurück, ebenso wenig auf Ressourcenpooling

durch Allianzen, sondern auf zwei demokratiespezifische Aspekte, „the skeleton and spirit of democracy“ (2002: 9). Demokratische Führer sind auf die mehrheitliche Zustimmung der Bürger angewiesen, politische Entscheidungen werden zudem im Lichte kritischer öffentlicher Debatten abgewogen. Beide Mechanismen sorgen dafür, dass Regierungen sich nur bei begründeter Aussicht auf Erfolg für einen Krieg entscheiden. Die bessere Kampffähigkeit der Soldaten rühre aus der besonderen politischen Kultur von liberalen Demokratien, die den Wert des Einzelnen, damit Eigeninitiative und Leistung betone. So werde die Auswahl einer qualitativ guten Militärführung sichergestellt sowie der einzelne Soldat zu effektiveren Kampfhandlungen motiviert. In der Debatte bleibt bisher jedoch offen, ob die militärische Effektivität demokratischer Staaten tatsächlich auf ihr „Demokratisch-Sein“ zurückzuführen ist oder auf andere Merkmale, etwa den Umstand, dass sie gleichzeitig auch bevölkerungs- und wirtschaftsstarke sind und sich ein schlagkräftiges Militär leisten können (vgl. Desch 2002; Brooks 2003; Biddle/Long 2004).

Auch wenn die These von der überlegenen demokratiespezifischen Kriegsführungsfähigkeit umstritten bleibt, wirft Reiter/Stams vielbeachtetes Buch einen dunklen Schatten auf normativ-kulturelle Erklärungen der relativen Friedensfähigkeit von Demokratien. Reiter/Stam (2002: 144-163) zeigen anhand von empirischen Fällen auf, dass Bürger mehrheitlich auch *für* Krieg – im nationalen Interesse, aber nicht unbedingt nur im Angesicht drohender Gefahren – stimmen können und Regierungen ihnen darin folgen (siehe auch Rosato 2003: 595). Allerdings sollten diese Kriege nicht zu lange dauern und zu viele Opfer kosten, da ansonsten die Zustimmung der Bevölkerung rasch nachlassen und der Kriegsgegner in Vorteil geraten kann (Reiter/Stam 2002: 164-192).

Diese Kosten- und Opfersensibilität von Demokratien lenkt den Blick der Forschung vermehrt auch auf Auffälligkeiten in der Kriegführung und der Rüstungspolitik von Demokratien. Nicht mehr nur in strategischen Zirkeln viel diskutiert wird eine sog. Revolution in Military Affairs (RMA), die in einigen der westlichen Demokratien vorangetrieben werde, um die Fortschritte der Informations- und Computertechnologie auch in der Waffentechnik zu nutzen (O’Hanlon 2000; Møller 2002).

Umfassende Aufklärung, bessere Integration der Waffensysteme und eine erhöhte Geschwindigkeit und Präzision von Waffen seien das Ziel dieser „Revolution“ in der Rüstungstechnologie, Kosten- und Risikosenkung ihr zentrales Motiv (Müller/Schörning 2001). Der Einsatz solcher Waffen verspreche den demokratischen Öffentlichkeiten opferarme und kurze Militäreinsätze, die Realität kommt dem aber nur unzureichend nahe – zwar würden die eigenen Soldaten tatsächlich seltener Opfer in Kriegen, das Töten von Zivilisten könne jedoch nicht dem eigenen „humanen“ Anspruch gemäß vermieden werden. Zudem seien in den jüngeren Kriegseinsätzen die westlichen Soldaten nach dem Ende der Hauptkampfhandlungen weiterhin den hohen Risiken asymmetrischer Kriegführung ausgesetzt.

Diesem Spannungsfeld zwischen dem Anspruch der Schonung von Menschenleben und der Wirklichkeit der Tötung von Zivilisten widmet sich das Buch „The New Western Way of War“ von Martin Shaw (2005). Er betrachtet die neuere westliche Kriegführung als Ausdruck eines komplexen Systems von Risikotransfers. Dabei geht es um das prekäre Verhältnis von politischen Risiken für die kriegführenden Regierungen und Lebensrisiken von Kombattanten und Zivilisten. In den westlichen Demokratien wird der Wert des individuellen Lebens hoch geschätzt, der Einzelne wird vielfach gegen Risiken versichert. Daher zielt die Waffentechnik und Kriegführung des Westens darauf ab, die eigenen Soldaten möglichst geringen Risiken auszusetzen. Dieser Soldatenschutz geht jedoch auf Kosten der gegnerischen Zivilisten (Shaw 2005: 79-80, 133-139). Allerdings gerät der Westen bei seinen Kriegen durch die Ungleichbehandlung von Menschenleben in massive Glaubwürdigkeitsprobleme: Kriegseinsätze stehen heute unter einer erhöhten globalen Medienbeobachtung, dem Anspruch „sauberer“ kurzer Kriege wird trotz der Zensurbemühungen westlicher Regierungen die blutige Wirklichkeit entgegengehalten. Die kriegführenden Regierungen müssen daher eine komplexe „Risiko-Ökonomie“ bewältigen und möglichst viele Kosten auf andere abwälzen, wenn sie die Legitimität ihres Tuns vor der globalen Öffentlichkeit und nationalen Wählerschaft behaupten wollen. Eine besondere Aufgabe liegt daher im Medien-Management. Der Kampf um die „richtigen“ Bilder ist fast so

entscheidend wie die militärische Kriegführung (Shaw 2005: 92-94). Der Irak-Krieg und der auf Dauer gestellte „globale Krieg gegen den Terror“ zeigen nach Shaw jedoch, dass sich die westliche Kriegführung in einer Legitimitätskrise befindet.

4.3 Mehr Demokratien = mehr Frieden? Demokratisierung und Gewaltneigung

Seit dem Ende des Kalten Krieges werden Militäraktionen von Demokratien meist mit dem Fernziel geführt, in einem besetzten Territorium robuste Staatlichkeit und Demokratie nach westlichem Muster zu installieren. Westliche Außenpolitik zielt auf die weitere Verbreitung von Demokratie ab, nicht selten unter Anführung einer popularisierten Fassung der These vom demokratischen Frieden (vgl. Russett 2005: 395-396; Mansfield/Snyder 2005: 1-2). In dieser Demokratieförderung äußert sich die Hoffnung, dass mit jeder neuen Demokratie der Weltfrieden ein wenig sicherer wird – denn schließlich kämpfen Demokratien ja nicht gegeneinander. Wie eine seit längerem geführte Debatte um den Zusammenhang von Demokratisierung und externer Gewaltneigung zeigt (u. a. Mansfield/Snyder 1995; Enterline 1996; Ward/Gleditsch 1998), gilt diese These jedoch nur für konsolidierte liberal-demokratische Staaten uneingeschränkt. Die Initiatoren dieser Debatte, Edward Mansfield und Jack Snyder, haben hierzu nun eine zusammenfassende Studie vorgelegt: In „Electing to Fight“ verknüpfen sie klassische Motive der älteren *nation- und state-building*-Forschung mit der neueren DF-Debatte. Ihre Untersuchung historischer wie zeitgenössischer Transitionsprozesse mündet in die These, dass unvollkommene Demokratisierungsprozesse unter bestimmten Umständen politische Dynamiken freisetzen können, die die Gewaltneigung solcher Staaten nach außen erhöht. In Demokratisierungsprozessen sind Eliten erstmals gezwungen, in freien allgemeinen Wahlen um die Stimmen der Wähler zu konkurrieren. Wenn die demokratischen Institutionen wie etwa objektive Medien und unabhängige Gerichte erst schwach entwickelt sind, bietet dies den Eliten diverse Anreize, die „nationalistische Karte“ auszureizen, um die Massen zu mobilisieren. Nationalistische Appelle ermöglichen alten wie neuen Eliten, interne und externe Freund-/Feindkategorien

zu stilisieren sowie anstelle einer „democracy by the people“ eine „democracy for the people“ auszuüben (Mansfield/Snyder 2005: 10, 35, 58-65; Snyder 2000: 45-69). Es kommt jedoch darauf an, welche Art von Nationalismus sich in einer Gesellschaft herausbildet, da nicht jede das gleiche Eskalationspotenzial besitzt. Mansfield/Snyder unterscheiden vier Idealtypen von Nationalismus: ethnischer, revolutionärer, kontra-revolutionärer und „zivilbürgerlicher“ Nationalismus. Die letzte Variante betont die Treue zu den nationalen politischen Institutionen und ist mehr inklusiv als exklusiv, daher die am wenigsten gewaltträchtige (Mansfield/Snyder 2005: 171-173; Snyder 2000: 69-83).

Mansfield/Snyder zeigen mit ihrer Studie die ambivalente Wirkung institutionalistischer DF-Erklärungsmuster auf (2005: 283): Einerseits sei die institutionell gesicherte Rechenschaftspflichtigkeit (*accountability*) der Regierung gegenüber den Wählern die zentrale Erklärung für den demokratischen Frieden zwischen stabilen Demokratien. Andererseits könne angesichts der Instabilität von Transitionsprozessen ebenjener Anreizmechanismus auch zur (teils unbeabsichtigten) Produktion von gewaltsamer Politik beitragen, indem im Rahmen schwacher Institutionen Inklusions-/Exklusionsdynamiken nach innen wie nach außen entstehen. Die praktische Empfehlung der Studie lautet daher, bei der Demokratieförderung vor dem Abhalten freier, allgemeiner Wahlen zunächst die Entwicklung und Stabilisierung anderer demokratisch-rechtstaatlicher Institutionen zu fördern („sequencing“), um das Risiko einer *top-down*-Massenmobilisierung im Geiste exklusiver Ideologien zu mindern (2005: 265-282). Um den Frieden zu fördern, sollte durch kluge, „geduldige“ Institutionenpolitik möglichst verhindert werden, dass schließlich durch demokratische Wahlen radikale Eliten an die Macht kommen (vgl. auch Zakaria 2003).

Die potenziell verheerenden Folgen des Nationalismus – diesmal speziell des ethnischen Nationalismus – im Kontext von Demokratisierungsprozessen thematisiert auch Michael Mann (2005) in seiner monumentalen Studie zur ethnischen Säuberung. „The Dark Side of Democracy“ lässt sich als Beitrag zur Untersuchung des Zusammenhangs von Demokratisierung und *interner* Gewaltneigung lesen – eine etablierte Forschungsrichtung, die unter dem Stichwort „Democratic Civil Peace“ auch an

die DF-Debatte angeschlossen wurde (Hegre u. a. 2001; vgl. Henderson 2002: 103-123). In der Tradition der kritischen Soziologie der Moderne präsentiert Mann teils provokante Thesen und Ergebnisse, die den stabilen Demokratien von heute gleichsam ihr blutiges (nationalistisches) Fundament vor Augen führen, das sie nur zu gerne verhüllt sähen. So hätten die meisten stabilen Demokratien ethnische Säuberungen begangen, um den heute in ihnen vorherrschenden „essentially mono-ethnic citizen body“ hervorzubringen (2005: 4) – wobei Mann unter diesem heiklen Begriff sowohl mörderische als auch weniger gewaltsame Varianten der Exklusion von Gruppen versteht.

Mann deutet die Völker- und Massenmorde des 19. und 20. Jahrhunderts als Ausdruck einer Pervertierung liberaler oder sozialistischer Demokratieideale. Das ursprüngliche demokratische Ideal einer Regierung durch das Volk habe in vielen Fällen sich demokratisierender Staaten zu einer Verwechslung von *demos* und *ethnos* geführt. Es entwickelte sich ein exklusiver Ethnonationalismus, der das demokratische „Volk“ rein organisch-monoethnisch konstruiert und andere Ethnien unterdrückt, vertrieben oder getötet habe (2005: 55-69). Zur Erklärung des massenmörderischen Entwicklungspfad identifiziert Mann eine Vielzahl von Eskalationsfaktoren im Rahmen von Modernisierungs- und Demokratisierungsprozessen (2005: 30-33, 477). Völkermord sei demnach in den seltensten Fällen ein vorab feststehender „Plan“ gewesen, sondern Endresultat eines komplexen Radikalisierungs- und Eskalationsprozesses, zumeist unter den destabilisierenden Bedingungen interner Staatsdesintegration oder externer Kriege. Zu untersuchen seien daher die jeweiligen politischen, militärischen, ideologischen und ökonomischen Machtbeziehungen zwischen den rivalisierenden Gruppen innerhalb der sich radikalisierenden Gesellschaft. Die politischen Machtbeziehungen seien jedoch die wichtigsten, da der rivalisierende Anspruch zweier ethnischer Gruppen auf Souveränität über das gleiche Territorium das größte Eskalationspotenzial aufweise. Mann schreibt Siedlerdemokratien daher eine besondere Gewaltneigung zu, da Siedler in der Regel andere von dem beanspruchten Land vertreiben müssen. Angesichts von Michael Manns starken Thesen über die dunklen Seiten von

Demokratien kann es schließlich wenig verwundern, dass er Teilen der DF-Forschung eine gewisse Naivität vorhält, da demokratische Ideale nicht naturgegeben vor Gewalttätigkeit schützten, Bürger nicht Friedensengel seien: „Civil society may be evil“ (2005: 21).

5. Fazit

Die Dynamik des von Kant inspirierten Forschungsprogramms ist auch in ihrem dritten Jahrzehnt ungebrochen. Allerdings haben die Diskussionen über den Handels- und den Institutionenfrieden bei Weitem nicht die kritische Aufmerksamkeit erreicht, die die Debatte um den demokratischen Frieden charakterisiert hat. Angesichts der Heftigkeit, mit der noch vor wenigen Jahren die Kooperationsmöglichkeiten rationaler Egoisten und die Wirkungen internationaler Normen diskutiert worden sind, erstaunt vor allem das Fehlen (neo-)realistisch inspirierter Kritik am Institutionenfrieden. Der demokratische Frieden im engeren Sinne scheint in seiner Doppelbedeutung als Hauptschauplatz einer „inter-paradigm-debate“ und als Legitimationsgrundlage einer außenpolitischen Neuausrichtung in den USA und anderen westlichen Demokratien nicht so schnell kopiert zu werden.

Das Rampenlicht, in dem der demokratische Frieden aufgrund seiner engen Verzahnung mit praktischer Politik steht, zeigt allerdings zunehmend auch seine Schattenseiten. Angesichts des Irak-Kriegs 2003 vergleicht Bruce Russett sich und seine Mitstreiter sogar mit den Atomphysikern des Jahres 1945 und beklagt: „Our creation too has been perverted“ (Russett 2005: 396). Die Kombination von naivem Aufklärungsoptimismus und Modernisierungstheorie, die Teile der Demokratie/Frieden-*community* auszeichnete, scheint spätestens mit dem Irak-Krieg an ihr (wohlverdientes) Ende zu kommen. Ein in der Dialektik der Aufklärung geschultes Forschungsprogramm hingegen kann helfen, die demokratispezifischen Friedensleistungen ebenso in den Blick zu nehmen wie die demokratispezifischen Gewaltpotenziale. Darüber hinaus öffnet es den Blick für die zahlreichen Widersprüche und Spannungen zwischen Demokratie, Interdependenz, internationalen Organisationen und Frieden, die sich oft genug nicht zu einem Engelskreis zusam-

menfinden. Dieses erweiterte Programm kann nicht an (teil-)disziplinären Grenzen Halt machen, sondern bedarf der Verknüpfung mit der politischen Theorie/Ideengeschichte und der Soziologie. Über 200 Jahre nach Kants Friedensschrift würde so die von ihr inspirierte Friedensforschung bescheidener, aber gegenüber problematischen Vereinnahmungen auch sperriger.

Anmerkungen

- 1 Dieses Thema, das in der politischen Theorie und Ideengeschichte kein unbekanntes ist (u. a. Joas 2000: 56-64), ist im Zusammenhang mit dem demokratischen Frieden von einer ganzen Reihe von Autorinnen und Autoren diskutiert worden; siehe zunächst den „modernen Klassiker“ Doyle (1983a, b), schließlich Owen (1997), jüngst MacMillan (2004), Jahn (2005), Brock (2006), Müller (2004, 2006), Müller/Wolff (2006) sowie zahlreiche Beiträge im DF-kritischen Band von Barkawi/Laffey (2001).
- 2 Für einen Überblick über die Debatte siehe jetzt Minkwitz (2005).

Literatur

- Barkawi, Tarak/Laffey, Mark* (Hg.), 2001: Democracy, Liberalism, and War. Rethinking the Democratic Peace Debate. Boulder/London.
- Biddle, Stephen/Long, Stephen*, 2004: Democracy and Military Effectiveness: A Deeper Look, in: *Journal of Conflict Resolution* 48, 525-546.
- Bliss, Harry/Russett, Bruce*, 1998: Democratic Trading Partners: The Liberal Connection, in: *Journal of Politics* 60, 1126-47.
- Boehmer, Charles/Gartzke, Erik/Nordstrom, Timothy*, 2004: Do Intergovernmental Organizations Promote Peace?, in: *World Politics* 57, 1-38.
- Brock, Lothar/Geis, Anna/Müller, Harald*, 2006: The Case for a New Research Agenda: Explaining Democratic Wars, in: *Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald* (Hg.), *Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace*. Houndmills, 142-169.
- Brock, Lothar*, 2006: Kriege der Demokratien. Eine Variante des demokratischen Friedens, in: *Geis, Anna* (Hg.), *Den Krieg überdenken*. Baden-Baden, 203-228.
- Brooks, Risa A.*, 2003: Making Military Might, in: *International Security* 28, 149-191.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Smith, Alastair/Siverson, Randolph/Morrow, James*, 2003: *The Logic of Political Survival*. Cambridge.
- Byers, Michael/Chesterman, Simon*, 2000: „You, the People“: Pro-Democratic Intervention in International Law, in: *Fox, Gregory H./Roth, Brad R.* (Hg.), *Democratic Governance and International Law*. Cambridge, 259-292.
- Chojnacki, Sven*, 2004: Demokratien und Krieg: Das Konfliktverhalten demokratischer Staaten im internationalen System, 1946-2001, in: *Schweitzer, Christine/Aust, Björn/Schlotter, Peter* (Hg.), *Demokratien im Krieg*. Baden-Baden, 72-106.
- Daase, Christopher*, 2004: Demokratischer Frieden – Demokratischer Krieg, in: *Schweitzer, Christine/Aust, Björn/Schlotter, Peter* (Hg.), *Demokratien im Krieg*. Baden-Baden, 53-71.
- Danchev, Alex/MacMillan, John* (Hg.), 2005: *The Iraq War and Democratic Politics*. London, New York.
- Dembinski, Matthias/Hasenclever, Andreas/Wagner, Wolfgang*, 2004: Towards an Executive Peace? The Ambivalent Effects of Inter-Democratic Institutions on Democracy, Peace, and War, in: *International Politics* 41, 543-564.
- Desch, Michael C.*, 2002: Democracy and Victory: Why Regime Type Hardly Matters, in: *International Security* 27, 5-47.
- Doyle, Michael W.*, 1983a: Kant, Liberal Legacies and Foreign Affairs, Part I, in: *Philosophy & Public Affairs* 12, 205-235.
- Doyle, Michael W.*, 1983b: Kant, Liberal Legacies and Foreign Affairs, Part II, in: *Philosophy & Public Affairs* 12, 323-353.
- Duffield, Mark*, 2001: *Global Governance and New Wars. The Merging of Development and Security*. London.
- Elman, Miriam F.*, 2000: Unpacking Democracy: Presidentialism, Parliamentarism, and Theories of Democratic Peace, in: *Security Studies* 9, 91-126.
- Enterline, Andrew*, 1996: Driving While Democratizing, in: *International Security* 21, 183-196.

- Fearon, James D.*, 1994: Domestic Political Audiences and the Escalation of International Disputes, in: *American Political Science Review* 88, 577-592.
- Fearon, James D.*, 1995: Rationalist Explanations for War, in: *International Organization* 49, 379-414.
- Fox, Gregory H./Roth, Brad R.* (Hg.), 2000: *Democratic Governance and International Law*. Cambridge.
- Gartzke, Erik*, 2003: The Classical Liberals Were Just Lucky: A Few Thoughts about Interdependence and Peace, in: *Mansfield, Edward/Pollins, Brian* (Hg.), *Economic Interdependence and International Conflict*. New Perspectives on an Enduring Debate. Ann Arbor, 96-110.
- Gartzke, Erik/Gleditsch, Kristian Skrede*, 2004: Why Democracies May Actually Be Less Reliable Allies, in: *American Journal of Political Science* 48, 775-795.
- Gartzke, Erik/Hewitt, Joseph*, 2005: International Crises and the Capitalist Peace: Are Democracies Really Less Likely to Fight Each Other?, Konferenzpapier für die Tagung des European Consortium for Political Research in Budapest, 8.-11.9.2005.
- Gartzke, Erik/Li, Quan/Boehmer, Charles*, 2001: Investing in the Peace: Economic Interdependence and International Conflict, in: *International Organization* 55, 391-438.
- Gaubatz, Kurt Taylor*, 1991: Election Cycles and War, in: *Journal of Conflict Resolution* 35, 211-244.
- Gaubatz, Kurt Taylor*, 1996: Democratic States and Commitment in International Relations, in: *International Organization* 50, 109-139.
- Gelpi, Christopher/Grieco, Joseph*, 2003: Economic Interdependence, the Democratic State, and the Liberal Peace, in: *Mansfield, Edward/Pollins, Brian* (Hg.), *Economic Interdependence and International Conflict*. New Perspectives on an Enduring Debate. Ann Arbor, 44-59.
- Hasenclever, Andreas*, 2001: *Die Macht der Moral in der internationalen Politik*. Frankfurt a. M./New York.
- Hasenclever, Andreas*, 2002: The Democratic Peace meets International Institutions. Überlegungen zur internationalen Organisation des demokratischen Friedens, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 9, 75-111.
- Hegre, Håvard/Ellingsen, Tanja/Gates, Scott/Gleditsch, Nils Petter*, 2001: Towards a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change and Civil War 1816-1992, in: *American Political Science Review* 95, 33-48.
- Hegre, Håvard*, 2003: Development and the Liberal Peace: What Does it Take to be a Trading State?, in: *Schneider, Gerald/Barbieri, Katherine/Gleditsch, Nils Petter* (Hg.), *Globalization and Armed Conflict*. Boulder, 205-232.
- Henderson, Errol*, 2002: *Democracy and War: The End of an Illusion?* Boulder.
- Holzgrefe, J. L./Keohane, Robert O.* (Hg.), 2003: *Humanitarian Intervention. Ethical, Legal, and Political Dilemmas*. Cambridge.
- Jahn, Beate*, 2005: Kant, Mill, and Liberal Legacies in International Affairs, in: *International Organization* 59, 177-207.
- Joas, Hans*, 2000: *Kriege und Werte. Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Weilerswist.
- Levy, Jack S.*, 1989: The Diversionary Theory of War: A Critique, in: *Midlarsky, Manus* (Hg.), *Handbook of War Studies*. New York, 259-288.
- Lipson, Charles*, 2003: *Reliable Partners. How Democracies Have Made a Separate Peace*. Princeton/Oxford.
- MacMillan, John*, 2004: Whose Democracy, Which Peace? Contextualizing the Democratic Peace, in: *International Politics* 41, 472-493.
- Mann, Michael*, 2005: *The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing*. Cambridge.
- Mansfield, Edward/Milner, Helen/Rosendorf, B. Peter*, 2002: Why Democracies Cooperate More: Electoral Control and International Trade Agreements, in: *International Organization* 56, 477-513.
- Mansfield, Edward/Pevehouse, Jon*, 2003: Institutions, Interdependence, and International Conflict, in: *Schneider, Gerald/Barbieri, Katherine/Gleditsch, Nils Petter* (Hg.), *Globalization and Armed Conflict*. Boulder, 233-250.
- Mansfield, Edward/Pollins, Brian* (Hg.), 2003a: *Economic Interdependence and Interna-*

- tional Conflict. New Perspectives on an Enduring Debate. Ann Arbor.
- Mansfield, Edward/Pollins, Brian*, 2003b: Economic Interdependence and Conflict: An Introduction, in: *Mansfield, Edward/Pollins, Brian* (Hg.), Economic Interdependence and International Conflict. New Perspectives on an Enduring Debate. Ann Arbor, 1-28.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack*, 1995: Democratization and the Danger of War, in: *International Security* 20, 5-38.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack*, 2005: Electing to Fight. Why Emerging Democracies Go to War. Cambridge.
- Minkwitz, Olivier*, 2005: Demokratien und militärische Effektivität, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 12, 301-336.
- Møller, Bjørn*, 2002: The Revolution in Military Affairs: Myth or Reality? Working Papers 15/2002. Copenhagen: COPRI.
- Moravcsik, Andrew*, 1996: Federalism and Peace: A Structural Liberal Perspective, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3, 123-132.
- Morrow, James*, 1999: How Could Trade Affect Conflict?, in: *Journal of Peace Research* 36, 481-489.
- Müller, Harald*, 2004: The Antinomy of Democratic Peace, in: *International Politics* 41, 494-520.
- Müller, Harald*, 2006: Kants Schurkenstaat: Der „ungerechte Feind“ und die Selbstermächtigung zum Kriege, in: *Geis, Anna* (Hg.), Den Krieg überdenken. Baden-Baden, 203-228.
- Müller, Harald/Schörnig, Niklas*, 2001: Revolution in Military Affairs. Abgesang kooperativer Sicherheitspolitik der Demokratien? Frankfurt a. M., HSFK-Report 8/2001.
- Müller, Harald/Wolff, Jonas*, 2006: Many Data, Little Explanation, in: *Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald* (Hg.), Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace. Houndmills, 41-73.
- Nielebock, Thomas*, 2004: Der Friede zwischen den Demokratien: Friede den Palästen, Krieg den Hütten?, in: *Rittberger, Volker* (Hg.), Weltpolitik heute – Grundlagen und Perspektiven. Nomos, 165-191.
- Offe, Claus*, 1996: Bewährungsproben – Über einige Beweislasten bei der Verteidigung der liberalen Demokratie, in: *Weidenfeld, Werner* (Hg.), Demokratie am Wendepunkt. Berlin, 141-157.
- O'Hanlon, Michael*, 2000: Technological Change and the Future of Warfare. Washington, DC.
- Oneal, John/Russett, Bruce*, 1999: The Kantian Peace: The Pacific Benefits of Democracy, Interdependence and International Organizations, in: *World Politics* 52, 1-37.
- Oneal, John/Russett, Bruce/Berbaum, Michael*, 2003: Causes of Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations, 1885-1992, in: *International Studies Quarterly* 47, 371-393.
- Owen, John*, 1997: Liberal Peace, Liberal War. Ithaca/London.
- Owen, John*, 2004: Democratic Peace Research: Whence and Whither?, in: *International Politics* 41, 605-617.
- Pevehouse, Jon/Russett, Bruce*, 2005: Democratic IGOs Do Promote Peace, Konferenzpapier für die Tagung des European Consortium for Political Research in Budapest, 8.-11.9. 2005.
- Reiter, Dan/Stam, Allan C.*, 2002: Democracies at War. Princeton.
- Risse-Kappen, Thomas*, 1994: Demokratischer Frieden? Unfriedliche Demokratien? Überlegungen zu einem theoretischen Puzzle, in: *Gert Krell/Harald Müller* (Hg.), Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen. Frankfurt a. M./New York, 159-189.
- Rosato, Sebastian*, 2003: The Flawed Logic of the Democratic Peace Theory, in: *American Political Science Review* 97, 585-602.
- Russett, Bruce*, 2005: Bushwhacking the Democratic Peace, in: *International Studies Perspectives* 6, 395-408.
- Russett, Bruce/Oneal, John*, 2001: Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations. New York.
- Schmidt, Manfred G.*, 2003: Zur Leistungsfähigkeit von Demokratien, in: *Ines Katzenhagen/Wolfram Lamping* (Hg.), Demokratien in Europa. Opladen, 269-284.
- Schneider, Gerald/Barbieri, Katherine/Gleditsch, Nils Petter* (Hg.), 2003: Globalization and Armed Conflict. Boulder.
- Shanks, Cheryl/Jacobson, Harold K./Kaplan, Jeffrey H.*, 1996: Inertia and Change in the